

**Linksdemokratische Parteien in Spanien.
Facetten und Entwicklung**

*Eine Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Rahmen
des Projekts: „Linksdemokratisch sozialistische Parteien im
europäischen Vergleich“*

Vorgelegt von Rainer Schultz, 31. Januar 2003

Rainer Schultz
rainer.schultz@cms.hu-berlin.de
Tel. 030 – 4403 6797
Pappelallee 28
10437 Berlin

Linksdemokratische Parteien in Spanien. Facetten und Entwicklung

Inhaltsverzeichnis

0. 1 Informationsstand	2
0. 2 Allgemeine Informationen	2
1. Das Politische Panorama	3
2. Die Entwicklung der kommunistischen Partei	4
2. 1 Überblick	4
2. 2 Illegalität und Franco-Diktatur	4
2. 3 Exkurs: Die Entwicklung der PSOE	5
2. 4 Transition 1975-82	6
2. 5 Sozialistische Regierungszeit 1982-96	7
2. 6 Konservative Wende durch Aznar seit 1996	8
2. 7 Das Verhältnis zu Europa	9
3. Links der Sozialisten: Die Vereinigte Linke	9
3. 1 Entstehung und Zusammensetzung	9
3. 2 Gegenwart: Krise und Konsequenzen	11
3. 3 Aktuelle Positionen und Politikfelder	12
3. 4 Strategien	13
3. 5 Struktur der IU	14
4. Abseits der Parteien - Bewegungen, Gruppen, Foren	14
4. 1 Soziale Bewegung – eine Auswahl	14
4. 2 Die Stiftung marxistischer Forschung FIM	15
5. Anhang	16
5. 1 Einige Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit	16
5. 2 Auswahl linker Zeitschriften Spaniens im Internet	17
5. 3 Auswahl der Internetpräsenz der Linksparteien im Internet	17
6. Bibliographie	18
6. 1 Zeitungsartikel	18
6. 2 Artikel in Zeitschriften	18
6. 3 Monographien	19
6. 4 Dokumente einzelner Parteien	19

0. 1 Informationsstand

Der Informationsstand zu den linksdemokratischen Parteien ist als solcher sehr lückenhaft und lässt sich am besten in drei große Rubriken unterteilen.

Zunächst die Darstellungen der einzelnen Parteien und Bewegungen – mittlerweile größtenteils und insbesondere am aktuellsten im Internet. Praktische alle bedeutenden Parteien und Gruppierungen besitzen eine eigene Präsenz im World Wide Web, die allerdings sehr starke Unterschiede in Bezug auf Aktualisierung und Umfang aufweisen. Zu dieser Gruppe zählen auch die Partei- oder Stiftungseigenen Publikationen, von denen einige nur als Print-, andere wiederum nur als Online-Zeitung, viele jedoch beide Veröffentlichungsformen nutzen.

Zur nächsten großen Informationsgruppe gehören Berichte und Diskussionsbeiträge in nicht-parteilichgehörigen Publikationen, vor allem Tages- und Wochenzeitungen. Hier werden, ähnlich wie in der Bundesrepublik, Gastautorenbeiträge veröffentlicht, Interviews mit Funktionären oder auch Berichte zu Parteitag, Gesetzesinitiativen oder sonstigen parteipolitischen Ereignissen.

Schließlich lässt sich eine dritte Gruppe identifizieren: diejenige der wissenschaftlichen Veröffentlichungen oder Studien zu einzelnen Linksparteien. Diese fokussieren ihr Interesse meist auf ein bestimmtes Thema, beispielsweise das Verhältnis spanischer Parteien zur EU, und streifen hierbei dann spanische linke Parteien. Explizite Untersuchungen zu den Linksparteien, aus einer Perspektive, die für den Ansatz der Rosa-Luxemburg-Stiftung (rls) interessant wären, sind praktisch nicht vorhanden. Die meisten (veröffentlichten) Studien sind zudem wenig aktuell: sie beziehen sich oftmals auf die Spanische Republik, die Arbeitsbedingungen während der Franco-Diktatur oder die Rolle in der Transitionsphase. Die Kommunistische Partei Spaniens (PCE) hat einige Bücher zur Parteigeschichte veröffentlicht, keines reicht jedoch – soweit einsehbar - in die 90er Jahre hinein.

0. 2 Allgemeine Informationen¹

Fläche: 505 990 km

Einwohner (2000): 40,1, Mio., davon 80% in Städten, 3 Mio. leben im Ausland, darunter etwa 200 000 in Deutschland

Amtssprachen: Spanisch, Katalanisch, Galizisch und Baskisch (regional)

Bruttoinlandsprodukt: (2000): 558 558 Mio.. Dollar, (1998) je Einwohner: 14 100 \$

Beschäftigung: 62% Dienstleistung, 31% produzierendes Gewerbe, 7% Land-, Forstwirtschaft und Fischerei (1999)

Arbeitslosigkeit: 14,1% (2000), regional sehr unterschiedlich, viel illegale Arbeit in der Landwirtschaft

¹ Alle Angaben aus: Encarta Realenzyklopädie, Microsoft, 2003

Staat: Verfassung von 1978: konstitutionelle Monarchie mit einem parlamentarisch-demokratischen Regierungssystem

Parlament: Abgeordnetenhaus – 350 Mitglieder, Senat – 255 Mitglieder

Wahlen: alle vier Jahre

Verwaltung: 17 autonome Regionen, 52 Provinzen, davon 2 unter der Regierungsbeteiligung regionaler Partner der Vereinigten Linken

1. Das Politische Panorama

Das politische Panorama der spanischen Linken ist vor allem durch zwei historische Ereignisse geprägt. Die II. spanische Republik zwischen 1931 und 1937 mitsamt ihrer reichhaltigen internationalistischen, anarchistischen und antifaschistischen Erfahrungen. Sie wurde beantwortet und abgelöst von einer 39-jährigen Diktatur unter Francisco Franco Bahamonde, die bis zu dessen Tod 1975 dauerte. Beide Ereignisse sind aufgrund der extremen Polarisierung und ihrer tiefen gesellschaftlichen Folgen bis in die Gegenwart konstituierend für politische Identitäten im heutigen Königreich Spanien. Die neue politische Geschichte des modernen Spaniens ist somit weniger als 30 Jahre jung.

Beide bedeutenden linken Parteien², die Spanische Sozialistische Arbeiterpartei (Partido Socialista Obrero de España, PSOE) und die Kommunistische Partei Spaniens (Partido Comunista de España) schlugen nach ihrer Legalisierung Ende der 70er Jahre sehr unterschiedliche Wege ein. Die PSOE vermochte es, aus einer relativ kleinen, aber professionell und klientelistisch arbeitenden Parteistruktur eine moderne bürgerliche Partei mit einigen linken Akzenten, die 14 Jahre lang das Land regierte, zu entwickeln und sich dabei weitgehend von sozial fortschrittlichen Zielen zu verabschieden. Der PCE hingegen gelang es nicht, ihre Anhängerschaft - zu den ersten Wahlen etwa ein Zehntel der Stimmen - auszubauen und zu mobilisieren. Ihre Zerrissenheit zwischen Sowjet- auf der einen und Eurokommunismus auf der anderen Seite, kostete sie später ihren Fraktionsstatus im spanischen Parlament. Nur durch ein breites Bündnis linker Parteien, der Vereinigten Linken (Izquierda Unida, IU), gelang es ihr, einen bleibenden politischen Einfluss zu bewahren und Ansprechpartner für emanzipative Anliegen aus der Gesellschaft zu sein. Trotzdem verlor dieses Wahlbündnis bei den letzten beiden Wahlen kontinuierlich an Prozenten (von 1996: 10,5% auf 5,5% im Jahr 2000) und neue Stimmen und Gesichter tauchen am politischen Horizont Spaniens auf. Derzeit erlebt die Vereinigte Linke einen Erneuerungsprozess, dessen wesentlichen Kennzeichen eine Pluralisierung und Öffnung sind, vor allem gegenüber neuen sozialen Bewegungen.

² Keine explizite Berücksichtigung finden in dieser Arbeit die regionalen, vor allem baskischen Parteien, da sie im wesentlichen als Regionalparteien zu sehen sind, auch wenn sie aufgrund ihres Autonomie- / Separationsanspruchs durch ihre partielle Radikalität eine nationale Bedeutung erlangen. Seit Oktober 2003 wird in der spanischen Öffentlichkeit eine Initiative des baskischen Parlaments diskutiert, die mehr Autonomie für die etwa 2,5 Millionen Basken verlangt. Diese Debatte ist jedoch längst nicht abgeschlossen und verlangte eine eigene Analyse.

2. Die Entwicklung der kommunistischen Partei

2.1 Überblick

In der Geschichte der Kommunistischen Partei Spaniens (PCE) lassen sich im Wesentlichen vier Phasen unterscheiden. Die Gründung der Partei im Jahr 1921, hervorgegangen aus der Abspaltung von der PSOE um die Frage des Beitritts zur III. Internationalen. Zweitens die Phase während des „Bürgerkrieges“ von 1936-39, in der sie durch die Gewerkschaftsbewegung der kommunistischen Gewerkschaft, „Arbeiter-Kommission“ (Comisiones Obreras / CCOO) sehr stark anwuchs.³ Während der 30er Jahre geriet sie unter zunehmendem und schließlich dominanten Einfluss der KPdSU. Seit der Machtübernahme Francos im Jahre 1937/39 arbeitete die PCE in der Klandestinität bis kurz nach dem Tode des Diktators im Jahr 1975. Die vierte und vorerst letzte Phase beginnt am 9. April 1977, als die PCE wieder legalisiert wurde. Es ließe sich abschließend noch eine fünfte Phase unterscheiden, die mit dem Wahlbündnis in der Vereinigten Linken (IU) im April 1986 ansetzt, jedoch behält die PCE ihre autonome Parteistruktur bei.

2.2 Illegalität und Franco-Diktatur

In den 50er und 60er Jahren erhielt die Partei vor allem viel Zuspruch durch die Unterstützung in konkreten Auseinandersetzungen um Arbeitsbedingungen, bei der Organisation diverser Streiks und Ähnlichem. Sie war die einzige wirksame Organisation, die sich den Anliegen der sozial benachteiligten Menschen und vor allem den arbeitenden Schichten intensiv widmete. Dies verschaffte ihr auch eine relativ starke Ausgangsposition und Attraktivität zu Beginn der Transitionsphase. Obwohl die spanische Wirtschaft in den sechziger Jahren einen relativen Aufschwung erlebte, nahmen die sozialen Konflikte auch weiter zu. Zwischen 1962 und 1975 wuchs das BIP um beachtliche 7% jährlich, die Löhne hatten sich seit 1959 von 300 auf 3000 Dollar etwa verzehnfacht. Die industrielle Arbeiterklasse war stark angewachsen. Während 1959 noch etwa 40% der spanischen Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt waren, hatte sich diese Zahl innerhalb von zwei Jahrzehnten auf die Hälfte reduziert. Gleichzeitig waren die in der Industrie beschäftigten Arbeiter auf 37% der Arbeitnehmer insgesamt gewachsen. Ihre politische Aktivität wuchs, was sich vor allem

³ Nicht näher eingegangen wird hier auf die umstrittene Rolle der PCE in Bezug auf die anarchistischen Bewegungen während der II. Republik. Im Jahr 1995 entzündete sich eine erneute Debatte zu diesem Thema, als der britische Filmemacher Ken Loach mit seinem Film „Land und Freiheit“, die Geschichte des Spanischen Bürgerkriegs aus der Sicht eines britischen Internationalisten darstellte und darin nahe legte, dass die PCE auf Anweisung Stalins - um eine effektive Verteidigung gegen die überlegenen frankistischen Truppen zu organisieren - soweit ging, anarchistische Kämpfer, die sich nicht unterordneten zu verhaften und sogar zu erschiessen.

durch die Zahl der Streikstunden messen lässt. Während 1966 „lediglich“ 1,5 Millionen Arbeitsstunden in Streiks verloren gingen, waren es 1970 bereits 8,7 Millionen. Im Jahr nach Francos Tod, 1976 erreichte diese Zahl mit 150 Mio. Stunden ihren vorläufigen Höhepunkt. (sämtliche Zahlen Camiller 1994: 234-35) Die PCE war an der Organisation und Koordination wesentlich beteiligt. Dies sollte nach Francos Tod zu einem Korporatismus führen, weil die spanische Regierung sich bewusst war, dass sie ein solch kämpferisches Potenzial notwendigerweise gesellschaftlich einbinden musste.

Die sozialistische Partei PSOE (gegründet 1888) war zu jener Zeit sehr mitgliedsschwach und ohne starkes Profil. Noch 1974, während ihres 26. Parteikongresses, zählte sie lediglich 4 000 Mitglieder. (Camiller 1994: 239) Ihre Führung befand sich im Ausland. Die PSOE profitierte vor allem davon, dass westliche sozialdemokratische Parteien sie massiv strukturell und finanziell unterstützten (Vgl. Gibbons 1999: 44). Zu Beginn der Transitionsphase gelang es dem „rechten Flügel“ um Felipe Gonzalez (späterer Ministerpräsident Spaniens), die linke Strömung zu marginalisieren – hauptsächlich mit dem Slogan „nationale Verantwortung in der Transitionszeit“ übernehmen zu müssen. (ebd.)

2. 3 Exkurs: Die Entwicklung der PSOE

Auf dem 24. Parteitag 1974, der noch im französischen Toulouse stattfand, setzte sich mit dem 32 Jahre jungen Rechtsanwalt Felipe Gonzalez das Reformlager innerhalb der Partei durch. Die Partei hatte zu jenem Zeitpunkt eine relative schwache Mitgliederbasis, dafür aber kräftige Unterstützung aus dem Ausland, insbesondere durch die westdeutsche SPD. Ihr neues Programm nach dem Ende der Diktatur, 1975, las sich sehr radikal: Sozialisierung der Produktionsmittel, Ablehnung des kapitalistischen Entwicklungsweges etc. Die PSOE nahm damit der ähnlich radikal auftretenden PCE viele ihrer potenziellen Stimmen aus dem linken Lager, welches nach den Volksfronterfahrungen in den 30er Jahren und der darauffolgenden fast vierzigjährigen Diktatur sehr stark war. Die PSOE erreichte in den ersten freien Wahlen 1977 ca. 29,4% der Wählerstimmen. Die linke wuchs noch weiter, als in den nur vier Monate später stattfindenden Regionalwahlen die PSOE-PCE- Allianz 27 von 50 Provinzen gewannen. Kurz darauf setzte sich der reformistische Kurs der PSOE fort; ihr Vorsitzender Gonzalez beantragte auf dem 28. Parteitag im Mai 1979 die Entfernung marxistischer Elemente aus dem Parteiprogramm, weil dies ein „Hindernis in der modernen Entwicklung der Partei“ sei. (Camiller 1994: 240) Mit dieser Position konnte sich Gonzalez jedoch zunächst nicht durchsetzen, es kam zu schweren Auseinandersetzungen, in deren Ergebnis er als Vorsitzende zurücktrat. Aufgrund mangelnder Alternativen allerdings wurde dessen Weggefährte Alfonso Guerra an die Spitze der Partei gewählt. Dieser änderte das Statut der Partei, so dass auf dem folgenden Parteitag eine andere Zusammensetzung über die Reformanträge zu entscheiden hatte, die dann angenommen wurden und Gonzalez wieder als ihren Vorsitzenden wählten, der kurz darauf, bei den Wahlen im Jahr 1982 zum spanischen Ministerpräsidenten gewählt wurde.

2. 4 Transition 1975-82

Seit 1977 richtete die PCE ihr Programm zunehmend moderat aus, vor allem auch in Hinblick auf die anstehende Legalisierung der Partei (April 1977). Innerhalb der etablierten politischen Eliten Spaniens, die bis auf wenige Köpfe eine fast durchgehende Kontinuität aus der Franco-Diktatur aufwiesen, zeigte sich großer Widerstand gegen die Legalisierung der Kommunistischen Partei, insbesondere aus dem Militär. Die neue Verfassung allerdings, die 1978 durch einen Volksentscheid angenommen wurde machte Zugeständnisse an beide Seiten. Sie garantierte das Privateigentum, betonte die Rolle des Militärs in der Verteidigung der spanischen Verfassung, gab dem König das Oberkommando über die Streitkräfte und verpflichtete alle Regierungen zu enger Zusammenarbeit mit der Kirche. Andererseits aber legte der sogenannten Moncloa-Pakt, der bereits im Oktober 1977 zustande kam, den Grundstock für einen Wohlfahrtsstaat westeuropäischer Prägung, gleichzeitig legte er den kämpferischen Gewerkschaften enge Bandagen an. (Camiller 1994: 237) Während Teile der PCE diese neuen Gesetze als mögliche Grundlagen für eine langsame Transformation in Richtung Sozialismus ihren Wählern verkauften, nahm die PSOE für sich das deutsche Modell der Sozialdemokraten zum Vorbild, bei dem sie nach entsprechenden Zugeständnissen in Regierungsverantwortung gelangen kann und sich dort mit den konservativen Parteien in der Regierung abwechselt.

Die PCE stand zunächst in einem Bündnis mit der PSOE in einer Demokratischen Koordination“ (Coordinacion Democratica) gegen die Repräsentanten des alten Regimes. In den ersten Wahlen 1977 erhielt sie 9,4 % der Wählerstimmen und 20 Sitze im Parlament, beim nächsten Urnengang zwei Jahre später konnte sie sich leicht verbessern auf 24 Sitze. Die PCE erlangte in jenem Jahr fast zwei Millionen Wählerstimmen (10,8%). Zu diesem Zeitpunkt hatte ihr Abwärtstrend jedoch bereits begonnen. Die Parteienforschung erklärte dies vor allem als eine Folge der Auseinandersetzung um die autoritäre Führung um den Parteivorsitzenden Santiago Carrillo, der dieses Amt seit 1956 inne hatte. (Gibbons 1996: 49) Es folgten Richtungsstreits und Parteiaustritte. Als bei den Wahlen 1982 die PCE nur noch 4,1 % und damit 4 Sitze erhielt, musste Carrillo seinen Hut nehmen und wurde durch Gerardo Iglesias ersetzt. Es zeigt sich außerdem, dass die Entwicklung der PCE und später der Vereinigten Linken nur in Verbindung mit der Entwicklung der PSOE zu erklären ist. Solange diese in der Opposition in der Lage war, ihr sozialpolitisches Profil zu stärken und dadurch eine breitere Unterstützung der unteren und mittleren Schichten zu erlangen, ist sie eine ernste Konkurrenz für das linke Spektrum. Im Ergebnis ihrer eigenen Analyse war die PSOE durch ihre Professionalität und Flexibilität, das vor allem durch ihr grosses Finanzbudget ermöglicht war, weit überlegen – deutlich abzulesen auch an der Medienpräsenz und Besetzung bestimmter Themen.

Vom Zeitpunkt ihres Regierungsbeitritts im Jahr 1982 allerdings ist auch bei der PSOE ein Verfall zu konstatieren – von 47,3% der Stimmen 1982 als ihrem Höhepunkt bis 37,6 im Jahr 1996, als sie in die Opposition gezwungen wurde. Einher ging dieser

Unterstützungsverlust der PSOE mit vielen antisozialen Maßnahmen in der Arbeitsmarktpolitik und der Preisgabe vieler linker Positionen. Am Bedeutendsten ist hierbei der Beitritt Spaniens zur NATO im Jahr 1982/86. Allerdings gelang es der Linken nicht, aus dieser Entwicklung ausreichend eigene Vorteile zu ziehen. Die innere Zerstrittenheit und das ambivalente Verhältnis zum real-existierendem Sozialismus ließen dies vorerst nicht zu.

2. 5 Sozialistische Regierungszeit 1982-96

Unter der sozialistischen Regierung setzte sich der Richtungsstreit der PCE fort, Eurokommunisten versus Sowjetkommunisten stellten die am meisten polarisierten Positionen dar.

Die immer extremeren Positionen der PSOE-Regierung veranlassten die Spanische Linke zur Gründung eines Bündnis. Dieses Bündnis wurde ins Leben gerufen, als die PSOE laut darüber nachdachte, dem Gesuch der NATO-Direktion nachzukommen und die Zusammenarbeit mit dem Militärpakt auszubauen. Obwohl dies selbst in der PSOE umstritten war, setzte sich sowohl innerhalb der Partei als auch auf Regierungsebene die Pro-NATO-Position durch. Ursprünglich war die PSOE zur Wahl angetreten mit dem Versprechen, die NATO-Mitgliedschaft, die 1982 unter der konservativen Regierung eingeleitet worden war, wieder rückgängig zu machen.

In den Wahlen 1986 erhielt das Wahlbündnis der Vereinigten Linken immerhin sieben Parlamentssitze, blieben aber mit lediglich 4,67 Prozent weit hinter ihren Möglichkeiten zurück. Ihre Erfahrungen allerdings und das Bündnis gegen die NATO in der Vereinigten Linken (seit April 1986) ermöglichten der Partei eine pluralere Ausrichtung und Wahrnehmung. Themen wie Ökologie und Friedenspolitik gewannen an Bedeutung. Jedoch dauerten auch hier die ideologischen Richtungsstreits zunächst noch fort, und kamen sogar nach dem Zusammenbruch der UdSSR nicht sogleich zum Erliegen.

Auf sozialpolitischem Gebiet bot die PSOE auch diverse Ansatzpunkte für eine linke Kritik, die jedoch nicht ausreichend wahrgenommen wurden. Angetreten war die Regierung Felipe Gonzalez mit dem Versprechen 800 000 neue Jobs zu schaffen. Sie verfolgte ein Deflationspolitik und erreichte damit die Reduktion der Inflation von 14% 1982 auf 8% im Jahr 1985, sie setzte ebenso auf Privatisierung und verkaufte 51% des gigantischen, unter Franco gegründetem nationalen Industrie Institut (INI), ausländische Unternehmen (darunter Volkswagen und General Motors) investierten in die spanische Wirtschaft. Trotzdem fiel die Jobbilanz negativ aus: anstatt 800 000 neue Jobs zu schaffen, vernichtete die sozialistische Regierung eine weitere halbe Millionen Arbeitsplätze. Die Arbeitslosenquote, die bei Regierungsantritt bereits 17% betrug, erhöhte sich noch einmal um 5% und war 1986, als Spanien der EG beitrug damit die höchste in Westeuropa. (Camiller 1994: 250)

Die PCE war unterdessen viel mit sich selbst beschäftigt. Im Jahr 1988 löste Julio Anguita den vorigen Parteivorsitzenden der PCE ab und konnte zugleich durch seinen Vorsitz in der IU verstärkt verschiedene Strömungen zusammenbringen. In den ersten Wahlen, zu der die IU als fester Zusammenhang antrat (1989) erlangten sie 8,99% und 18

Sitze. Dieses Ergebnis konnte bis zu den nächsten Wahlen 1996 noch weiter ausgebaut werden (10,58% und 21 Sitze). Dafür wird in der Literatur vor allem ein Grund genannt: der IU gelang es, sich stärker als Alternative gegenüber der PSOE, die mittlerweile eher die gesellschaftliche Mitte repräsentierte, zu profilieren. Hierzu trug zum einen die Unterstützung der Gewerkschaften bei, die aufgrund der antisozialen Politik der PSOE Kampagnen gegen die Regierungspartei geführt hatte. Zum anderen war das Bündnis der IU zunehmend besser in der Lage, breitere Schichten in der Gesellschaft mit ihrer Politik anzusprechen.

Allerdings ist deutlich zu erkennen, dass die IU im Wesentlichen von der PCE dominiert wird, welches auch die einzige Partei mit einem professionellen und hierarchischen Parteiapparat innerhalb des Bündnisses darstellt. Die Auflösung der PCE innerhalb der IU, und somit die Ablösung der doppelten Organisationsstrukturen war Gegenstand diverser Diskussionen, der damalige Vorsitzende Anguita lehnte dies allerdings ab.

2. 6 Konservative Wende durch Aznar seit 1996

Nach der Abwahl der sozialistischen Regierung gab es vor allem eine strategische Veränderung in der Politik der linken Parteien. Die Auseinandersetzungen um die Frage, ob gemeinsam mit dem linken Flügel der PSOE Wahlkampf zu machen sei, wuchsen stetig. Innerhalb der IU hatte sich eine Gruppe der „Neuen Linken“ gebildet, die dies befürwortete (beispielsweise durch den Vorsitzenden dieser Fraktion, Diego Lopez Garrido). Der Vorsitzende Anguita wurde auf Grund des zunehmenden Drucks und seiner ablehnenden Haltung dazu im Dezember 1998 abgewählt. Sein Nachfolger, der Katalane Francisco Frutos trat für ein Vorwahl-Bündnis mit der PSOE vor den Wahlen im Jahr 2000 ein. Ergebnis waren trotzdem nur magere 5,46% und somit ca. 1¼ Millionen Wählerstimmen.

Die PCE befindet sich – obwohl stärkste Kraft innerhalb der IU – weiterhin in einer Krise. Auf ihrem XVI. Parteikongress im März 2002 beschrieb sie als ein Hauptproblem das der politischen Kultur, den Wandel ihrer „ideologischen Matrix“. (PCE 2002: 10.1) Demnach sei es bisher noch nicht ausreichend gelungen, den Pluralismus als ein positives Faktum anzuerkennen und entsprechend mit dem und den „Anderen“ in der politischen Praxis umzugehen.

Neben den vielen Vorteilen der IU sieht die PCE ein gewaltiges Problem in der Vernachlässigung der eigenen Parteiarbeit, da durch die Doppelstrukturen mit der IU, sich die meiste Energie und Arbeitszeit auf das Projekt der IU konzentriert habe. (a.a.O: 10.3)⁴

⁴ Im Mai 2004 organisiert die Partnerstiftung der rls, die FIM, den ersten internationalen Kongress zur Geschichte der PCE 1920-77

2.7 Das Verhältnis zu Europa

Die PCE festigt in ihrem XVI. Parteikongress eindeutig die bereits zuvor eingenommene Position, die *gegenwärtige Entwicklung* der Europäischen Union abzulehnen. Sie hat keine „antieuropäische Haltung“, wie es ihr teilweise von der politischen Rechten zum Vorwurf gemacht wird, sondern versucht, soziale und alternative Ansätze beispielsweise in Form der europäischen Sozialcharta, die stärkere Rechte für das Europäische Parlament und die Bürger Europas vorsieht, zu stärken.⁵ Ein weiterer wichtiger Bereich ist die Rückweisung des US-amerikanischen Einflusses. Sie will zudem das Verhältnis zu den armen Ländern des Südens unter anderem durch die Einführung der Tobin-Steuer auf eine solidarischere Basis stellen. Die PCE macht sich außerdem für eine Zusammenarbeit mit den sozialen Bewegungen stark. Explizit werden die Haus- und Dorfbesetzer-Bewegung „okupa“ (Wortspiel mit dem Wort: „Besetz!“), die globalisierungskritische Bewegung, sowie die MigrantInnenbewegung genannt. (PCE 2002: 2, 2-4) Vor allem letztere hat in Spanien eine größere Bedeutung in den letzten Jahren erlangt, unter anderem auch nachdem es vermehrt rassistische Übergriffe gegen Migranten gegeben hat, die illegal und unter extrem unmenschlichen Bedingungen in der südspanischen Landwirtschaft beschäftigt sind (Vgl. jungle world 07.02.01 :19 und Europäisches Bürgerforum 2000) Unterscheiden möchte sich die PCE allerdings von vielen anderen NGOs, die zwar den Migranten humanitär helfen, nicht aber die systemischen Ursachen dafür sehen und bekämpfen. Die PCE nennt hier vor allem: die neoliberalen Strukturanpassungsprogramme in den Ländern des Südens – im Fall Spaniens vor allem Nordafrika – und der repressiven Flüchtlingspolitik Spaniens und der EU, die viele Migranten in die rechtlose Illegalität zwingt. (PCE 2002: 2, 4)

3. Links der Sozialisten: Die Vereinigte Linke

3.1 Entstehung und Zusammensetzung

Die Entstehung der Vereinigten Linken geht vor allem auf die Auseinandersetzung um das Referendum zur NATO-Mitgliedschaft Spaniens im Jahre 1986 zurück. Obwohl Spanien bereits seit 1950 Militärbasen des US-amerikanischen Militärs akzeptierte und sich dadurch aus der internationalen Isolation befreite⁶, bedeutete der Beitritt des jungen EU-Mitglieds im Kontext des Kalten Krieges und der atomaren Offensive der Reagan-Administration im Jahr 1982 ein qualitativer Wandel.

⁵ Vergleiche hierzu beispielsweise die Studie von Llamazares, Ivan; Ramiro, Louis ; Gomez Reino, Marga (o.J.) Euroscepticism and political parties in Spain, o.O. (Quelle siehe Abschnitt 6. dieser Arbeit)

⁶ Die Franco-Diktatur war seit 1946 von der UNO als Diktatur geächtet und wurde ausserdem von dem Marshallplan ausgeschlossen, zahlreiche Staaten brachen ihre diplomatischen Beziehungen zu dem Land ab. Wegen des Ost-West-Konflikts entschieden sich die USA allerdings dafür, 1953 einen Vertrag mit Spanien zu schliessen, der militärische Stützpunkte im Land vorsah; im Gegenzug bekam Spanien wirtschaftliche und militärische Hilfe, zwei Jahre später wurde es in die UNO aufgenommen. (Encarta)

Viele frustrierte PSOE-Mitglieder wandten nach dem Beitritt, der durch die PSOE-Regierung – obwohl sehr umstritten – bestätigt worden war, ihrer Partei den Rücken zu. Die PSOE war zu den Wahlen 1982 selbst noch mit einem klaren Nein zur NATO angetreten, da sie aber aus den Wahlen als Sieger mit überwältigenden 46,2 % hervorging und fortan in Regierungsverantwortung stand, sah sie sich mit dem Dilemma konfrontiert, sowohl den außenpolitischen Erwartungen als auch denen ihrer Wähler zu entsprechen. Sie entschieden sich für eine Wählerbefragung, bei der mit 52% denkbar knapp eine Mitgliedschaft der NATO befürwortet wurde⁷.

Aus einem breiten Bündnis verschiedener kleiner linker Parteien gegen die NATO ging später die Vereinigte Linke hervor. Sie konstituierte sich aus sieben Parteien, wovon neben der PCE lediglich noch die Sozialistische Partei der Aktion (Partido Socialista de Accion / Pasoc) eine übergeordnete Bedeutung inne hat. Sie setzt sich im wesentlichen aus abtrünnigen Mitgliedern der regierenden PSOE-Partei zusammen.

Der administrativ und organisatorisch überwiegende und fortan auch dominante Teil stammt jedoch aus der Kommunistischen Partei Spaniens, der PCE. Die PCE selbst war jedoch seit ihrer Legalisierung 1977 von einem stetigen Abwärtstrend begleitet. Sie hatte sich während und durch den Übergang einer im Untergrund agierenden Partei, die sich im wesentlichen über den gemeinsamen Feind der Frankistischen Diktatur definierte, und von den Leitlinien der Kommunistischen Internationalen bestimmt war (Vgl. Winston 1978), zu einer dem Eurokommunismus zugewandten Partei entwickelt, die ihr Einverständnis zu den Grundlagen der bürgerlich-liberalen, konstitutionellen Monarchie – wie in der Verfassung von 1977 festgelegt – gegeben hatte. Zudem war sie mit der Schwierigkeit konfrontiert, dass seit Beginn der Transitionszeit (1975/76) bis zum Regierungsantritt Gonzalez' die PSOE vor allem versuchte, ihr Wählerpotenzial aus dem linken Spektrum zu gewinnen, welches nicht zuletzt angesichts der vierzigjährigen Franco-Diktatur relativ groß war. Die Antwort der PCE war eine zunächst vorsichtige inhaltliche Öffnung und pluralistischere Ausrichtung.

Mitte der 90er Jahre, als die regierende Sozialistische Partei immer schwerer in einer Krise von Korruptionsskandalen und einer stagnierenden Wirtschaft steckte, gelang es der Vereinigten Linken jedoch nicht, daraus genügend Kapital zu schlagen. Sie erhöhte zwar ihr Wählerpotenzial noch einmal von 2,3 Millionen im Jahr 1993 auf 2,6 Millionen bei den vorgezogenen Wahlen von 1996. Von dem Zeitpunkt an ist allerdings ein stetiger Fall zu beobachten, der im Jahr 2000 vorerst damit kulminierte, dass sich ihre Wählerstimmen und Abgeordnetensitze mehr als halbierten (von 21 auf 8 Sitze).

Durch diese Entwicklung wird einmal mehr die eingangs erwähnte These bestätigt, dass die Profilierung der linken Kräfte im Wesentlichen mitbestimmt ist durch das politische Agieren der großen Sozialistischen Partei (PSOE). Solange diese in der Regierungsverantwortung steht und entsprechende antisozialen Maßnahmen, auch im Rahmen der EU-Kriterien durchsetzt, gelingt es der Vereinigten Linken, sich als linke Kraft stärker zu behaupten – bestes Wahlergebnis erlangte sie im Jahr der Abwahl der

⁷ Die Auseinandersetzungen um die NATO-Mitgliedschaft ist in sehr wichtiges Ereignis in der jüngeren spanischen Politgeschichte. Nicht nur musste sich die PSOE um einen riesigen Werbe- und Propagandaetat bemühen, um diese Entscheidung – die diametral ihren Prinzipien entgegenstand der Bevölkerung glaubhaft zu vermitteln, gleichzeitig wurde das Anti-NATO-Bündnis Geburtsstunde diverser linker Protestgruppen, unter anderem auch der Vereinigten Linken.

PSOE-Regierung mit 10,5% der Wählerstimmen. Seitdem die PSOE selber wieder ihr linkes Profil in der Opposition zur konservativen Regierung von Jose Maria Aznar versucht auszubauen, verlor die IU mehr als 5%, die PSOE immerhin nur ca. 3% ihrer jeweiligen Stimmanteile.

Trotz aller Kritik am Regierungsstil der PSOE hatte sich auch innerhalb der IU eine Fraktion gebildet, die angesichts der wachsenden konservativen Gefahr durch die regierende Volkspartei (Partido Popular, PP) - die zuletzt ihre Wahlergebnisse von 107 Sitzen 1993 auf 141 bei den Wahlen 1996 verbessern konnte und seitdem auch die Regierung stellte - für eine stärkere Allianz mit der PSOE plädierte. Der damalige Vorsitzende der IU allerdings, Julio Anguita lehnte jegliche Annäherung strikt ab. Die exponiertesten Vertreter der PSOE-Annäherung waren in der Demokratischen Partei der neuen Linken (Partido Democratico de la Nueva Izquierda / PDNI) zu finden. Sie plädierten nach den Wahlen 1996 sogar für eine Regierungskoalition mit der PSOE. Die IU hätte rechnerisch mit der PSOE zusammen bereits 162 von 347 Abgeordneten gestellt. Durchgesetzt hatte sich aber Anguita mit seinem Hardliner-Kurs, in dessen Ergebnis nicht nur die PDNI aus der Vereinigten Linken ausgeschlossen wurde, sondern auch mit anderen Partnern wie der Initiative für Katalonien (Iniciativa per Catalunya / IC) und vor allem der Gewerkschaftlichen Föderation der Arbeiterkommission ernste Probleme und Differenzen auftauchten.

Im Jahr 1999 wurde Anguita dann von seinem bisherigen Stellvertreter aus der Kommunistischen Partei, Francisco Frutos abgelöst. Frutos schlug einen Kurswechsel ein, und ging für die Parlamentswahlen im Jahr 2000 ein loses Bündnis mit der PSOE ein. Damit war endgültig die Glaubwürdigkeit der IU verspielt und sie verlor etwa die Hälfte der Wählerstimmen und Abgeordnetensitze. Seitdem befindet sie sich in einer tiefen Krise.

3. 2 Gegenwart: Krise und Konsequenzen

Noch im selben Jahr (2000) fand eine außerordentliche Parteikonferenz statt, auf der ein neuer Generalkoordinator gewählt werden sollte. Diese Wahl gewann mit Gaspar Llamazares zum ersten Mal ein Nicht-Kommunist. Seitdem ist es der IU gelungen, einige regionale Bündnisse mit kleinen Parteien, beispielsweise in den Provinzen Gallizien, Aragon und Katalonien wiederzubeleben.

Weiterhin wiegen aber einige strukturelle Probleme schwer. Zum einen leidet die IU unter hohen Schulden wegen kostenaufwendiger Werbekampagnen. Ihr Vorsitzender, Gaspar Llamazares, Generalkoordinator der IU ist gar der Meinung, dass sich die IU in einer „schweren Krise“ befinde. Dies ist seiner Ansicht nach allerdings Teil einer Identitätskrise, die die gesamte Linke erfasst habe. (Voces, 06/2001: 8) Seiner Ansicht nach hat es die IU noch nicht geschafft, als eine politische Kraft auch die sozialen Bewegungen, insbesondere die globalisierungskritische zu integrieren, beziehungsweise mit ihr zusammenzuarbeiten. Llamazares sieht aber angesichts der rechtskonservativen Offensive, die zugleich über eine absolute Mehrheit im Parlament verfügt, eine starke linke Opposition als dringend notwendig. Die PSOE hat seiner Ansicht nach linke

Positionen verlassen, argumentiere nur noch aus der politischen Mitte heraus und wolle lediglich die nächsten Wahlen für sich entscheiden. (ebd.)

Aus diesen Gründen versucht die IU vor allem, ihr pluralistisches Profil zu stärken und mit neuen linken Strömungen aus der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten. Sie möchte Teil der Globalisierungskritischen Bewegung sein, nicht nur eine etablierte politische Kraft unter der Dominanz der PCE. Für diese Tendenz ist auch das neue Statut der IU bezeichnend. In dem Politbericht, der auf der VII. Generalversammlung im Dezember 2003 angenommen wurde, bekennen sich ihre Mitglieder ausdrücklich zum Sozialismus. Sie wünschen sich eine Gesellschaft, die sich dadurch auszeichnet, dass sie „partizipativ, kritisch und alternativ zu dem dominanten Modell“ sei (IU, Dez. 2003: 3). Dazu gehöre allerdings nach Ansicht der Mitglieder ebenso Öko-Pazifismus und Feminismus. Die Vereinigte Linke beschloss daher auf ihrem Parteitag, künftig, vor allem für die nationalen Parlamentswahlen am 14. März 2004, den Zusatz „die Grünen“ im Parteinamen zu tragen.

3. 3 Aktuelle Positionen und Politikfelder

Die Vereinigte Linke erlangte die Unterstützung namhafter Intellektueller wie beispielsweise dem portugiesischen Literatur-Nobelpreisträger und Kommunist, Jose Saramago, dem Schriftsteller und Journalist Manuel Vazquez-Montalban († Dezember 2003) und anderen. Sie veröffentlichen teilweise in dem Organ der Vereinigten Linken, *Voces de la izquierda*.

Im Mai 2001 brachte die IU einen Gesetzesvorschlag ein, der die Rehabilitierung der Spanien-Kämpfer vorsah. Diese populäre, wenn auch nicht unumstrittene Maßnahme brachte ihnen viel Anerkennung vor allem unter der älteren Bevölkerung ein. Viele der ehemaligen Kämpfer gegen Franco wurden oftmals noch als Banditen bezeichnet. Nach dem neuen Gesetz wird ihr „Beitrag im Kampf Spaniens für demokratische Werte“ ausdrücklich anerkannt.

Seit der Gründung von ATTAC-Spanien war die IU auch um punktuelle Zusammenarbeit mit der NGO bemüht und prüfte beispielsweise die Möglichkeit, das Hauptanliegen von ATTAC, die Einführung von Steuern auf Finanztransaktionen, durch ein Gesetzesvorschlag zu unterstützen.

Ihre Position zum Israel-Palästina-Konflikt lässt sich auf folgenden Nenner bringen: Sie fordern ein Ende der „Diskriminierungspolitik Israels“, eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit seinen arabischen Nachbarn und eine Entschädigung der militärischen Zerstörungen in Palästina.

Andere Beispiele für eine linke Partei, die versucht, moderne Themen zu besetzen, sind ihr Eintreten für ein Gesetz zur Gleichstellung homosexueller Ehen.

Während des Irak-Krieges war die IU eine wichtige Kraft in der Antikriegsbewegung. Sie unterstützte die Grossdemonstration am 15. Februar, erschien mit einer Sondernummer ihrer Zeitung mit vielen internationalen Beiträgen (Vgl. Voces Februar 2003) und ihr Vorsitzender bot öffentlich den Kriegsdienstverweigerern juristische Unterstützung an. In dem jüngsten Parteibericht stellen sie die spanische

Regierung als Hauptkraft im Irak-Krieg neben den USA und Grossbritannien dar und kritisieren diese Politik entsprechend scharf.

Insgesamt ist das Programm der IU trotz der letzten Wahldebakel im Jahr 2000 von einem gewissen Optimismus geprägt. Referenz wird auch in dem Parteidokument selbst gemacht bezüglich den großen studentischen Protesten gegen die Umgestaltungspläne im Bildungsbereich – vor allem die massive Beschneidung jeglicher Mitbestimmungsrechte in Form eines neuen Bildungsgesetzes Gesetzes (Ley Organica Universitaria / LOU), welches im Winter 2001/02 zu wochenlangen Universitätsstreiks und diversen Grossdemonstrationen geführt hatte, bei dem teilweise auch Allianzen mit den illegalisierten, meist afrikanischen MigrantInnen erreicht wurden. (El Mundo 2.12.01)

Weiterhin werden genannt der Generalstreik am 20. Juni 2002, bei dem etwa eine Millionen Menschen auf den Strassen demonstrierten. (El mundo especial, Juni 2002) Der Streik richtete sich vor allem gegen das neue Arbeitsgesetz der Regierung, nachdem die Rechte der Arbeiter stark eingeschränkt werden, der Kündigungsschutz abgebaut und das Arbeitslosengeld um 20% gekürzt wird. Schließlich sehen die Mitglieder der IU ein positives Zeichen durch die erfolgreichen Mobilisierung während des Irakkrieges, wo auf den 79 landesweiten Demonstrationen am 15. Februar 2003 nach Gewerkschaftsangaben 6,8 Millionen Menschen teilnahmen. (Vgl. Gewerkschaftszeitung der UGT)

3. 4 Strategien

Als strategische Entwicklung ist oberste Priorität die weitere Öffnung der Partei. Sie wollen die Versammlung der Partei in den wahren politischen Ort der Entscheidungen konvertieren, alternative und kritische Netzwerke fördern, um somit pluralistische, vielfältige Kritik wirksam werden zu lassen. Die IU spricht sich inzwischen klar gegen die PSOE aus, und plant keine weiteren Zugeständnisse in die politische Mitte zu machen. Ihrer Meinung nach ist die PSOE politisch unglaubwürdig, unter anderem weil sie die Unternehmenssteuersenkung mit unterstützt hat und andere antisozialen Maßnahmen der Regierung mit unterstützte. Ihr partielles Engagement sei lediglich ein Wähler-Marketing (marketing electoral).

Am Ende des von ihr verabschiedeten Dokuments macht die Vereinigte Linke diverse realpolitische Vorschläge. Ihr Programm ließe sich am besten als das einer radikal linkssozialdemokratischen Partei charakterisieren. Sie plädiert für einen Wohlfahrtsstaat, Ausbau sozialer und partizipativer Rechte, Rücknahme verschiedener Gesetze der konservativen Regierung, Austritt aus der NATO, Schließung von US-Militärbasen etc.⁸

Die siebte Generalversammlung stand unter dem Motto: „Fähig zu träumen, in der Lage zu regieren“ (capaces de sonar, capaces de gobernar) und drückt damit den ambivalenten Anspruch des Bündnis aus, einerseits Teil der alternativen, transformatorischen Linken zu sein, andererseits in Regierungsbeteiligung in den

⁸ Ihre weiteren Forderungen und das Politische Programm sind zu finden im Bericht des VII. Parteitag der IU vom Dezember 2003, Vgl. Abschnitt 6 dieser Arbeit.

Provinzen Asturias und seit Dezember 2003 in Katalonien zu stehen. (Vgl. El Mundo 19.12.03)

Im Widerspruch zu dieser programmatischen Aussage steht jedoch die Regierungskoalition in der Provinz Katalonien, wo die regionalen Parteien der IU und der PSOE seit Dezember 2003 gemeinsame Sache machen. Eine ihrer ersten Maßnahmen war eine Senkung der Unternehmenssteuer. (Vgl. El Pais, 12.01.04)

3.5 Struktur der IU

Im bundesweiten Vorstand der Vereinigten Linken sind 50 Personen, darunter 20 Funktionäre, die jeweils die Koordination ihrer Provinz leiten. Sodann gehören zur Parteiführung 17 permanente Mitglieder. Des weiteren arbeiten 27 Funktionäre als Verantwortliche für bestimmte Bereiche – entweder inhaltlich (Frauen, Jugend, Migration etc.) oder strukturell (Koordination, Kommunikation etc.) Ihre Webpage ist sehr übersichtlich und sehr aktuell. Neben Dossiers, Presseveröffentlichungen etc. zu aktuellen Themen und Debatten finden sich Dokumente zu grundsätzlichen Themen, Wahlergebnisse, links in alle regionalen Gruppen, Strukturübersichten und eine interaktive Zone, in der moderierte Diskussionen zu den aktuellsten Themen – derzeit Irakkrieg, Drogen, Arbeitsreform (Stand: Januar 04) geführt und Umfragen zur Politik der IU realisiert werden. Allerdings geht die Beteiligung meist nicht über einige hundert Menschen hinaus, so dass von Seiten der IU, bzw. ihres Web-Betreibers Geld und Preise für die Beteiligung an den Umfragen angeboten werden.

4. Abseits der Parteien - Bewegungen, Gruppen, Foren

4.1 Soziale Bewegung – eine Auswahl

Neben den zuvor bereits genannten Bewegungen der illegalisierten MigrantInnen, der neuen Anti-Kriegsbewegung der globalisierungskritischen Bewegung unterscheidet der spanische Soziologe Miguel Martinez vor allem vier wichtige neue soziale Bewegungen in Spanien:

- die Bewegung der Gegeninformation (movimiento de contrainformación), welche durch Freie Radios – für eine alternative Kommunikation und Informationspolitik agiert
- die Wehrdienstverweigerer (movimiento antimilitarista), die dies in Form von politischen Kampagnen organisieren
- die Besetzerbewegung (okupacion), die hauptsächlich im urbanen, aber auch ländlichem Raum durch Haus- und Gebietsbesetzungen einen alternativen Lebensstil propagieren

- die Kooperativen (movimiento cooperativista), welche die auch in Lateinamerika sich ausbreitende Form der solidarischen Ökonomie praktizieren. (Martinez o.J.)

Derzeit sind etwa 70 Häuser allein in Madrid von ca. 1000 zumeist jungen Leuten besetzt, die sich damit aktiv gegen die Immobilienspekulation zur Wehr setzen. Allerdings geriet die Besetzerbewegung in im Dezember-Januar 03/04 zunehmend ins Kreuzfeuer der Kritik, weil einzelne Personen angeblich mit der ETA kollaborieren und zudem viele Drogen in der Szene konsumiert würden. (Vgl. El Mundo 12.9.01)

4.2 Die Stiftung marxistischer Forschung FIM

Die 1978 gegründete „Stiftung Marxistischer Forschung“ (Fundacion de Investigaciones marxistas) ist eine der Kommunistischen Partei Spaniens nahestehende Einrichtung. Sie ist tätig im Bereich Politik, Bildung, Wissenschaft und Kultur. Die FIM arbeitet zudem, ähnlich wie die rls, vielerseits mit den verschiedenen Sozialforen zusammen, unterstützt das Weltsozialforum etc. Die Stiftung ist weiterhin unterteilt in verschiedene Landesverbände, die zuständig sind für die jeweiligen Provinzen. Ihre institutionelle Verankerung ist vergleichbar mit der der rls. Sie ist im wesentlichen durch staatliche Fonds über ihre Zugehörigkeit zur politischen Strömung der Vereinigten Linken finanziert. Zudem erhält sie für einzelne Projekte auch Gelder anderer öffentlicher Einrichtungen sowie finanzielle Unterstützung durch Spenden und Privatpersonen.

Zudem untersucht die FIM intensiv den Prozess der europäischen Integration und organisierte verschiedene Fachtagungen zum Thema von möglichen Alternativen zur aktuellen EU-Verfassungsdebatte. Sie unterhält Beziehungen zu ähnlich ausgerichteten Stiftungen anderer Länder vor allem in Europa und Lateinamerika, sowie zu einzelnen Universitäten. Der derzeitige Präsident der Stiftung heißt Francisco Frutos Grass, er arbeitet gemeinsam mit einem sechsköpfigen Präsidium.

Die Veröffentlichungen sind leider bisher online nicht zugänglich. Zudem gestaltet sich der Zugang zu ihren Publikationen, insbesondere der regelmäßig erscheinenden Zeitschrift „Dokumente“ (papeles) der Stiftung als unmöglich in Deutschland, da diese Zeitung in keiner einzigen Bibliothek geführt wird. Sie erscheint seit 1994 regelmäßig halbjährlich und ist im wesentlichen theoretischen Debatten gewidmet. Nach ihrer Selbstdarstellung ist es Absicht der Zeitschrift, dazu beizutragen, „Ideen, Vorschläge und Projekte in die Debatte zu bringen, die am Ende dieses Jahrhunderts zu einer Reformulierung des linken Ideenhorizonts beitragen.“ Ihr aktueller Direktor ist Manuel Monero Perez. Weiterhin verwaltet sie das Archiv der PCE und veröffentlicht einzelne Studien und Ergebnisse verschiedener wissenschaftlicher Konferenzen.⁹

⁹ Eine Auflistung ihrer Veröffentlichungen ist online zu finden auf ihrer homepage: <http://www.nodo50.org/fim/>

5. Anhang

5.1 Einige Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit

Aus der Analyse ergibt sich die Notwendigkeit das Politische Projekt der Vereinigten Linken als das Vielversprechendste unter den Spanischen Linksparteien weiter zu verfolgen – dies in mindestens dreifacher Hinsicht. Erstens im Hinblick auf eine linke Kritik an neoliberalen kapitalistischen Gesellschaftsmodellen, sodann die Kompetenz der Formulierung von politischen Alternativen innerhalb des politischen Alltags. Schliesslich wäre zu nennen das reale Interesse eines relevanten Teils der Spanischen Bevölkerung an ihrem politischen Projekt. Sie grenzte sich als einzige relevante Partei von den antisozialen Massnahmen der konservativen wie auch der sozialistischen Regierungen ab. Zudem erscheint die IU interessant durch ihre Mitarbeit und Kritik innerhalb der Europäischen Union und dem dortigen Parlament, ihrer zunehmenden Öffnung und Pluralisierung gegenüber sozialen Bewegungen innerhalb Spaniens und international. Zuletzt leisten die ihr zugehörigen Gruppen und Personen wichtige Beiträge für eine sozialistisch-marxistisch ausgerichtete Theoriedebatte auf anspruchsvollem Niveau. Kritisch zu untersuchen wäre die Rolle der IU innerhalb der neuen zwei Provinzialregierungen, inwieweit ihre Realpolitik dort noch mit ihrer sozialistischer Programmatik übereinstimmt beziehungsweise auf welcher Ebene und durch welche Mechanismen hier Kompromisse gesucht werden.

Ausserdem wäre es notwendig, die internen Differenzen und Strömungen weiter zu differenzieren. Ebenso müssten neue Gesetzesinitiativen der IU untersucht werden und zuletzt erscheint es lohnenswert, das Verhältnis der Vereinigten Linken zur derzeitigen Entwicklung der Europäischen Union genauer zu verfolgen, beispielsweise auch, welche Schwerpunkte und Inhalte sie im Wahlkampf für die Wahlen in diesem Jahr (2004) auswählt.

Hierzu scheint ein Besuch in Madrid, welches zugleich der Sitz der Parteizentrale und der Stiftung FIM ist, unabdingbar. Diverse Veröffentlichungen, aktuelle Dokumente und tagespolitische Debatten sind aus der Ferne nur ungenau wahrzunehmen. Für eine Fortsetzung und detailliertere sowie stärker problemorientierte Untersuchung ist ein Besuch in den Partei-Archiven, Gespräche mit den Akteuren und der Zugang zu den relevanten Publikationen unbedingt notwendig. Zudem wäre der politisch-persönliche Kontakt mit den spanischen Kollegen der weiteren Entwicklung europäischer Linksparteien sicherlich sehr dienlich.

Rainer Schultz, Januar 2004

5. 2 Auswahl linker Zeitschriften Spaniens im Internet

<http://www.arce.es/catalog/revistas.jsp?idSeccion=8&grupo=PENSAMIENTO/POLÍTIC>
[A](#)

hier ist eine interaktive Übersicht zu wissenschaftspolitischen Zeitschriften zu finden. Die links führen zu einer Seite der Kurzbeschreibung der jeweiligen Zeitschrift, inklusive Herausgeber, Kontaktadressen und – soweit vorhanden ihrer Internet-Präsenz

<http://www.monde-diplomatique.es/2003/03/revistas.html>

dort sind nützliche, sich monatlich aktualisierende Übersicht zu spanischen Zeitschriften, bzw. internationale Zeitschriften in ihrer Spanischen Ausgabe. Hier werden die Zeitschriften mit ihren jeweiligen aktuellen Schwerpunkten vorgestellt und mit einem link auf sie verwiesen.

www.comalter.net/virus

unter diesem link befindet sich die Zeitschrift Panoptico, die seit dem 11. September halbjährlich erscheint und sich der Analyse des Abbaus von Grundrechten im Zusammenhang mit dem „Krieg gegen den Terror“ widmet“

5. 3 Auswahl der Internetpräsenz der Linksparteien im Internet

<http://www.broadleft.org/es.htm> - eine sehr nützliche, interaktive Übersicht aller linken Parteien und Gruppen in Spanien. Zunächst namentlich sortiert, dann eine weitere Sektion mit regionalen Gruppen. Jeweils – wo vorhanden – Informationen zur ideologischen Ausrichtungen, internationalen Verbindungen, Veröffentlichungen, Gründungsdatum sowie web- und Emailadresse.

<http://www.pce.es/>

Ist die Homepage der Kommunistischen Partei Spaniens

<http://www.izquierda-unida.es/home.html>

hier findet man die Eingangsseite der Vereinigten Linken, von der aus links zu den Regionalparteien, der Gruppe im Europaparlament, in den Landesparlamenten und des Bundesparlaments verzeichnet sind.

<http://www.la-moncloa.es/>

Dies ist offizielle Homepage der spanischen Regierung, samt weiterführenden links.

6. Bibliographie

6.1 Zeitungsartikel

El Mundo, 9. September 2001: <http://www.el-mundo.es/2001/09/09/espana/1045517.html>

El Mundo, 2. Dezember 2001: <http://www.el-mundo.es/2001/12/02/espana/1079713.html>

El Mundo, Juni 2002: <http://www.el-mundo.es/especiales/2002/06/espana/huelga/>

El Mundo, 19. Dezember 2003:
(<http://www.elmundo.es/elmundo/2003/12/19/espana/1071873563.html>)

UGT – Homepage der Gewerkschaft Union General de Trabajadores (UGT)
(<http://www.ugt.es/internacional/noguerra/asistentes.htm>)

Jungle world, 7. Februar 2001, S. 19.

El Pais, 12.01.04

6.2 Artikel in Zeitschriften

Camiller, Patrick (1994): Spain: The survival of Socialism?, in: **Ders.**; **Anderson**, Perry (ed.) (1994): Mapping the West European Left, New York, S. 233-67.

Del Aguila, Rafael (2001): Intelectuales impecables y la crisis del discurso izquierdista, in: Claves de la razon practica, 113 (2001), S. 16-25.

Featherstone, Kevin (1988): Socialist Parties and European Integration. A comparative history, New York, esp. "Spain and Portugal – S. 286-302.

Golosov, Grigorii V. (1998): Party organization, ideological change, and electoral success: a comparative study of postauthoritarian parties. Working paper #258 The Helen Kellogg Institute for International Studies

Jesse, Eckhard; **Gallus**, Alexander (2001): Was sind Dritte Wege? Eine vergleichende Bestandsaufnahme, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 16-17, 2001, S. 6-15.

Martinez, Miguel (o.J.): Islas de autogestion en un mar de contradicciones. Cuatro movimientos sociales alternativos en el estado espanol (1978-1998), Madrid.

Quintanilla Navarro, M.A. (2000): 'Los partidos políticos españoles ante el proceso de integración Europea', *Revista de Estudios Políticos*, n. 108 April- 2: 237-268.

Ramiro, L. (2000): "Entre coalición y partido. La evolución del modelo organizativo de Izquierda Unida", *Revista Española de Ciencia Política*, June 2000:307-323

Sanchez Hernandez, Carlos (o.J.): Hacia donde va la izquierda ? Una teoria politologica y un analisis del pos-franquismo en Espana, Madrid.

(<http://www.ucm.es/info/eurotheo/nomadas/>)

6.3 Monographien

Brinkmann, Sören (o.J.): Zwischen Apokalypse und Erlösung: Die Mythen des Frankismus, o.O.

Deubner, Christian (1982): Spanien und Portugal: Der unsichere „Europäische Konsens“. Der Beitritt zur EG als soziales und innenpolitisches Problem, Baden-Baden.

Encarta Realenzyklopädie (2003): Enzyklopädie Professional 2003 © 1993-2002 Microsoft Corporation.

Europäisches Bürgerforum, Europäisches Komitee für die Verteidigung der Flüchtlinge und Gastarbeiter (CEDRI) (Hrg.): Anatomie eines Pogroms, z.B. El Ejido. Bericht einer Delegation europäischer Bürgerinnen und Bürger über die rassistischen Ausschreitungen vom Februar 2000 in Andalusien.

Garcia Santesmases, Antonio (1993): Repensar la izquierda : evolución ideológica del socialismo en la España actual, Barcelona.

Gibbons, John (1999): Spanish politics today, Manchester / New York.

Llamazares, Ivan; Ramiro, Louis ; Gomez Reino, Marga (o.J.) Euroscepticism and political parties in Spain, o.O.

www.essex.ac.uk/ecpr/events/jointsessions/paperarchive/turin/ws25/Ramiro.pdf

Luelmo, Julio; Winston, Henry (1978): "Eurocomunismo y Estado" o La desintegración del P.C.E. y la ruptura con el movimiento comunista internacional

Mateos, Abdón (1997) : Las izquierdas españolas desde la guerra civil hasta 1982 : organizaciones socialistas, culturas políticas y movimientos sociales, Madrid.

Pilar Ortuño, Anaya (2002): European socialists and Spain : the transition to democracy, 1959 – 77, Hampshire, New York.

Royo, Sebastián (2000): From social democracy to neoliberalism : the consequences of party hegemony in Spain 1982 – 1996, New York.

6.4 Dokumente einzelner Parteien

Partido Comunista de España (Hrg.): Documentos aprobados en el XVI. Congreso del Partido Comunista de España, Madrid, 1, 2 y 3 de Marzo de 2002.

Izquierda Unida (Hrg.): Voces de la izquierda – Periodico de Izquierda Unida Federal. Nueva Epoca, Juni 2001.

Izquierda Unida (Hrg.): Voces de la izquierda – Periodico de Izquierda Unida Federal. Nueva Epoca, Februar 2003.

Izquierda Unida (Hrg.) (12/2003): Desafios para la nueva etapa de Izquierda Unida: abrir un ciclo politico de izquierdas en España. Informe Politico al pleno de la VII. Asamblea. Madrid, 19, 20 y 21 de Diciembre de 2003.